

CDU beschreibt Situation in und um ZUE: „Ein inakzeptabler Zustand“

Stand: 26.08.2023

Leserbrief Prof. Dr. Monika Dobberstein

Dieses Schreiben der CDU kommt zu einem bemerkenswerten Zeitpunkt:

In der letzten Woche berichtete der Soester Anzeiger (Brutale Jagdszenen im Penny - Zeugenaussagen erscheinen durch Video in neuem Licht, „Penny-Prozess“ gegen ZUE-Bewohner: Die Anklage bröckelt gewaltig), dass die Staatsanwaltschaft

"Soest ist und bleibt ein beschauliches Städtchen. Seine eingesessenen BürgerInnen und Bürger tun sich schwer mit Menschen, die aus den tradierten und verankerten Rollenbildern fallen. [...] Erfolgreiche, lesbische, feministische Frauen fallen aus diesen Rollenbildern und erzeugen damit manchmal Befremden", so ein Ratsmitglied.

Der Soester Bürgermeister setzte planvoll und zielgerichtet falsche Tatsachenbehauptungen in die Welt, um mich, eine offen lesbische lebende Frau, aus der Geschäftsführung einer kommunalen GmbH zu drängen - trotz meiner herausragenden Leistungen. Die Verleumdungen bedienten die misogynen und homophoben Stereotypen des Mannweibes und der Kampfliebe - aggressiv, nicht bürgerlich.

Als meine bevorstehende Nichtwiederwahl an die Presse durchgestochen wurde und ich davon ausgehen musste, dass die Presse auch Kenntnis über die Verleumdungen hatte, die mir bruchstückhaft zugetragen worden waren, sagte ich in einem differenzierten Interview u.a., dass ich überzeugt sei, dass bei dieser Nichtwiederwahl auch Misogynie und Homophobie eine gewichtige Rolle gespielt hatten.

Daraufhin kündigte mir der Stadtrat fristlos: dies sei eine boshafte, ehrverletzende falsche Tatsachenbehauptung.

Das Landgericht hat meine Klage gegen die Kündigung abgewiesen, ohne die Lügen des Bürgermeisters auch nur zu erwähnen, geschweige denn in die Abwägung einzubeziehen. Das Strafverfahren wegen Verleumdung und versuchten Prozessbetrugs gegen den Bürgermeister et al wurde eingestellt, obwohl die Beweise erdrückend waren.

Die Staatsanwaltschaft ist dem Justizminister und damit der NRW Landesregierung weisungsgebunden, in deren Regierungserklärung es hieß: "Diskriminierung und Gewalt gegen queere Menschen treten wir konsequent entgegen und zeigen Null Toleranz gegen alle Formen gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit."

<https://www.dobberstein-real-estate.com/soest/>

tet werden. Ich stelle mir die Frage: Warum, wenn er doch mutmaßlich in keinem der zur Anklage gebrachten Taten der Täter **war**?

Öffentliche Stimmung gegen die Geflüchtete

Das alles geschieht vor dem Hintergrund, dass seit Monaten gegen die Geflüchteten in der Zentralen Unterbringung (ZUE) in Soest öffentlich Stimmung gemacht wird. Im April hatte der Bürgermeister einen sog. Brandbrief an die

– im Übrigen vertreten durch den gleichen Staatsanwalt, der meine Strafanzeige gegen den Bürgermeister, die AR-Vorsitzende, et al mehrfach eingestellt hatte, obwohl nach meiner Einschätzung die Beweise erdrückend waren [siehe Kasten]-

einen asylsuchenden Algerier für 5 1/2 Monate in Untersuchungshaft genommen und wegen dreier mutmaßlicher Straftaten angeklagt hatte, sich vor Gericht aber herausstellte, dass der Algerier in einem Fall nicht der Täter, sondern das Opfer einer Hetzjagd war und bei den beiden anderen Taten im Raum steht, dass der mutmaßliche Täter nicht einmal am Tatort war, sondern mit einer Beinverletzung die Zentrale Unterbringung nicht verlassen konnte. Belastungszeugen sagten vor Gericht, dass sie den mutmaßlichen Täter noch nie gesehen hatten. Offenbar hatte der Staatsanwalt nicht nach Entlastendem gesucht, obwohl er dazu verpflichtet gewesen wäre. Offenbar waren die Videoaufzeichnungen der einen Tat vor der Gerichtsverhandlung nicht ordentlich gesichtet worden, die Videobänder der zweiten Tat waren erst gar nicht sichergestellt worden und auch Angaben des Algerier, er habe krank im Bett gelegen, waren nicht überprüft worden. Schwer zu glauben, dass die fehlende Sorgfalt, Entlastendes zu überprüfen, nichts mit Rassismus zu tun hat. Als nächstes soll nun der mutmaßliche Täter, den man mittlerweile wohl eher als den mutmaßlich Unschuldigen bezeichnen müsste, psychiatrisch begutachtet werden.

zuständige Landesministerin Paul geschrieben, der nach meinem Dafürhalten der Brief eines Brandstifters ist. Laut Soester Anzeiger (Hohe Flüchtlingszahl in der Soester ZUE: Bürgermeister bittet Land um Hilfe) framt der Bürgermeister Geflüchtete, die er mit dem abwertenden Begriff "Flüchtlinge" belegt, a priori erheblich negativ, z.B.

„Durch diese große Anzahl der Flüchtlinge, die sich verstärkt im Innenstadtgebiet und rund um den Bahnhof aufhalten, verändert sich das Stadtbild zunehmend“, schreibt Ruthemeyer – und zwar alles andere als positiv. [...] Bewohner der ZUE Soest und Echtrup seien „regelmäßig in großen Gruppen im Soester Stadtbild anzutreffen“.

Ich meine mich zu erinnern, dass auch regelmäßig vorwiegend bio-deutsche Rentner:innen aus dem Ruhrgebiet in großen Gruppen im Soester Stadtbild anzutreffen, aber herzlich willkommen sind. Was stört den Bürgermeister an Geflüchteten-Gruppen im Soester Stadtbild?

Ich möchte daran erinnern [siehe Kasten], dass sich Teile des Soester Stadtrates an dem vermeintlich *„zu breiten slawischen Gesicht“* und auch dem nicht-deutschen Nachnamen meiner Lebensgefährtin so sehr gestört haben, dass man sie – eine deutsche Akademikerin mit deutscher Mutter und deutschem Vater, bayerischem Einser-Abitur und bayerischen Staatsexamina - nicht für würdig hielt, in die Soester Stadtgesellschaft aufgenommen zu werden und man in der Folge erheblichen Druck auf mich ausgeübt hat, damit ich mich von ihr trennen würde (einerseits sollte ich unbedingt nach Soest ziehen, andererseits war meine Lebensgefährtin aber offenkundig in Soest unerwünscht.) Meine Lebensgefährtin mit ihrem *„zu slawischen Gesicht“* hat offenkundig auch das Soester Stadtbild verschandelt.

In dem sog. Brandbrief werden Geflüchtete zudem unsubstantiiert mit Kriminalität in Verbindung gebracht: *„Polizei und städtisches Ordnungsamt müssten immer häufiger bei „Vorfällen mit Beteiligung von Flüchtlingen“ eingreifen“*. Was sind „Vorfälle mit Beteiligung von Flüchtlingen“? „Beteiligung“ ist eine auffällig vorsichtige Formulierung – kann es sein, dass die Polizei die „Vorfälle“ durch racial profiling selbst induziert? Dass die „Vorfälle“ gar keine Straftaten sind? Dass die Geflüchteten von irgendeinem „Zeugen“ falsch verdächtigt werden, weil es einfach ein Geflüchteter sein muss, der als Täter in Frage kommt? Und was ist ein „Vorfall“? Eine veritable Straftat? Ein Verdacht, dem die Polizei nachging? Die präventive Ansprache von Gruppen, die sich z.B. auf dem Bahnhofsvorplatz aufhielten, ohne dass eine konkrete Gefahr von diesen Gruppen ausging?

Der Bürgermeister behauptet weiter eine *„deutliche Steigerung der Kriminalität in Soest“* und macht – erneut unsubstantiiert - Geflüchtete dafür verantwortlich. Es wird nicht dargelegt, welche Straftaten angeblich in welchem Umfang zugenommen haben und wie häufig Geflüchtete an diesen Straftaten nachweisbar beteiligt waren und in der Konsequenz strafrechtlich belangt worden sind.

Es ist auch außerordentlich bezeichnend, dass der Bürgermeister, der auch Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW ist, diesen „Brandbrief“ in wesentlichen Teilen vom Soester Anzeiger hat veröffentlichen lassen. Diese Veröffentlichung im Vorwege des Besuchs der Ministerin in Soest wäre objektiv nicht erforderlich gewesen – sie erfolgte aber offen ersichtlich aus einem politischen Grund. Und dieser Grund ist - nach meiner Auffassung - an dem oben dargestellten Framing der Geflüchteten deutlich erkennbar: Die Bevölkerung soll gegen die Geflüchteten aufgehetzt werden, auf dass Soest wieder den bio-deutschen Soestern gehört und nicht mehr kulturell minderwertiges Gesocks das schöne Soester Stadtbild verschandelt. Nach meiner Einschätzung ist es eine rassistische und rechtspopulistische politische Agenda, die hier offen zutage tritt. Dies wiederum beglaubigt, dass der Rassismus und die Homophobie, die meine Lebensgefährtin und ich in Soest erfahren haben, kein bedauerlicher Ausreißer, sondern politisches Programm mindestens in Teilen des Stadtrates war.

Nach dem sog. Brandbrief berichtete auch der Soester Anzeiger hochfrequent über die Geflüchteten. Liest man die Berichte des Soester Anzeigers aber genau, dann gibt es kaum Substantielles zu berichten. So wird über einen Fahrraddiebstahl berichtet oder den Diebstahl eines Portemonnaies, so marginale Straftaten, das über diese sicherlich nichts in der Zeitung stünde, wenn sie ein Deutscher begangen hätte.

Nun sah sich auch die Polizei zu Schwerpunktkontrollen am Bahnhof veranlasst. Aber auch deren Pressemitteilungen lesen sich schwammig. Hier einmal ein Beispiel der Berichterstattung des Soester Anzeigers, der sich im wesentlichen auf eine Pressemitteilung der Polizei bezieht, mit meinen Anmerkungen in [...]:

**Kontrollen am Soester Bahnhof: Bundespolizei schreibt fünf Strafanzeigen
Die Bundespolizei hat den Soester Bahnhof im Visier.**

Stand: 17.04.2023, 19:18 Uhr

Bei einem Einsatz am Soester Bahnhof hat die Bundespolizei am Freitag sechs Strafverfahren eingeleitet.

Soest – Die Bundespolizei hat am Freitag (14. April) erneut den Soester Bahnhof ins Visier genommen. Bereits bei einem

Schwerpunkteinsatz zusammen mit der Polizei Soest vor zwei Wochen seien „viele Erkenntnisse gewonnen“ worden, heißt es in einer Mitteilung der Ordnungsbehörde. [Welche Erkenntnisse wurden gewonnen?] Der Soester Bahnhof bleibe im Blick der Ordnungshüter.

Am Freitag wurden demnach fünf Strafverfahren wegen unerlaubten Besitzes von Betäubungsmitteln eingeleitet.

[Welche Drogen und wie viele wurden sichergestellt? Was waren die Nationalitäten der 5 mutmaßlichen Straftäter? Darf man aus der späteren Nennung eines Algeriers und eines Somaliers schließen, dass die anderen drei Deutsche waren?] **Ein 24-jähriger Somalier und ein 18-jähriger Algerier seien beim Handel mit Betäubungsmitteln beobachtet worden.** [Seien beobachtet worden? Wurden denn auch Betäubungsmittel sichergestellt? Wenn ja, welche Betäubungsmittel und wie viele? Reden wir über ein bisschen Cannabis oder große Mengen harter Drogen? Darf man daraus, dass nicht gesagt wird, dass der Algerier und der Somalier in der ZUE wohnen, schließen, dass sie das nicht tun?]

Der Algerier soll der Mitteilung zufolge zivile Polizeikräfte mit dem Tode bedroht haben. [Wie ernstzunehmend war die Drohung? Hat er nur cholerisch gepöbelt oder z.B. mit einem Messer gedroht?] **Ein 35-jähriger Eritreer wurde verhaftet, weil gegen ihn ein Haftbefehl der Staatsanwaltschaft Paderborn vorlag.** [Der hat mit der ZUE in Soest offenbar nichts zu tun, sondern wohnt im Einzugsbereich der Staatsanwaltschaft Paderborn.] **Es stand noch eine Restgeldstrafe von 610 Euro aus einer Verurteilung wegen Hausfriedensbruchs aus.** [Er hat auch keine Passanten am Bahnhof bedroht, sondern lediglich eine Strafe nicht bezahlt.] **Durch die Zahlung der Strafe habe der Mann die drohende Ersatzfreiheitsstrafe von 61 Tagen abwenden können.**

Bei einem 15-Jährigen beschlagnahmten die Beamten ein griffbereit im Hosenbund geführtes Jagdmesser. [Der hier ist offenbar Deutscher, sonst würde die Polizei wohl seine Nationalität enthüllen. Der allerdings ist wirklich gefährlich.] **Der Jugendliche wurde den Erziehungsberechtigten übergeben, heißt es. Darüber hinaus wurden zwei Aufenthaltsermittlungen von Staatsanwaltschaften festgestellt.**

[Insgesamt ist festzustellen, dass offenbar kein Bewohner der ZUE unter denjenigen war, gegen die Strafanzeige erstattet wurde.]

Die Fraktionsmitglieder von Bündnis 90/ Die Grünen stellten sich nach dem sog. Brandbrief nicht etwa vor ihre vom Bürgermeister öffentlich angegriffene Ministerin, distanzierten sich nicht von der unsäglichen Sprache und den unsäglichen Narrativen des Bürgermeisters, die ihrem bundesdeutschen Markenkern vehement widersprechen. Im Gegenteil sprangen sie auf den Zug des Bürgermeisters auf, machten eine Stadtbesichtigung, "um sich selbst ein Bild von der „Sicherheitslage“ in Soest zu machen." Sie verwendeten z.T. sogar die gleichen Narrative. Auch sie sprechen z.B. von "Auswirkungen auf das Stadtbild".

Am meisten hat mich die Passage über den Theodor-Heuss-Park erschüttert: „Auch hier spielen Familien mit ihren Kindern. Im Laufe des Abends kommen auch Menschen mit Migrationshintergrund in die Anlage, aber von einem schlechten Sicherheitsgefühl ist nichts zu spüren.“ Woran erkennen die Grünen denn Menschen mit Migrationshintergrund? Machen wir uns nichts vor, vermutlich an der Hautfarbe. Aber viele Menschen mit nicht weißer Hautfarbe sind längst

Deutsche, zum Teil seit Jahrzehnten. Hier wird der Eindruck erzeugt, dass das Sicherheitsgefühl nicht eingeschränkt ist, obwohl Menschen mit Migrationshintergrund im Park sind. Damit wird insinuiert, dass Menschen mit Migrationshintergrund normalerweise gefährlich sind. Zudem wird hier ein Gegensatz aufgemacht zwischen Familien und Menschen mit Migrationshintergrund. Gab es unter den Familien keine Familienmitglieder mit Migrationshintergrund? Und woran haben die Grünen erkannt, dass es keine Familienmitglieder mit Einwanderungsgeschichte gab?

Ich habe nach dem sog. Brandbrief des Bürgermeister sofort meine Befürchtung ausgesprochen, dass diese unsägliche Sprache und diese unsäglichen Narrative die AfD triggern werden. Und genauso kam es. Am 21.07.2023 demonstrierte die AfD. Laut Soester Anzeiger vom 14.7.2023 wollte sie mit der Demonstration den Bürgermeister zu unterstützen: *"Er erklärte, dass es bei der Kundgebung um 14 Uhr vor allem um die ZUE-Situation in Soest gehen soll. ‚Der Bürgermeister wird hier von der Landesregierung im Stich gelassen‘, so Höing."*

Nun erst trat auch die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen, die sich im Übrigen auch an fast allem, was uns in Soest passiert ist, aktiv beteiligt hat, auf den Plan und organisierten eine Gegendemonstration. Jutta Maybaum, stellvertretende Bürgermeisterin erklärte, dass man ein Zeichen setzen wolle, dass die Würde des Menschen unantastbar sei. Ich habe daraufhin öffentlich gefragt: "Muss erst AfD draufstehen, damit die Soester GRÜNEN fremdenfeindliche und rassistische Sprache und Politik erkennen und nicht sogar selbst übernehmen?"

Nur die Fraktion der SPD beteiligte sich an dieser Demostration, CDU, FDP, BG und SO hingegen nicht (Soester Anzeiger: Gegendemo zur AfD-Kundgebung in Soest: Warum CDU, FDP, BG und SO!-Partei nicht mitmachen).

Der Brief der CDU an die Ministerin Faeser schließt zwar nicht in der Sprache, aber doch in den Narrativen daran an. So wird beispielsweise der Eindruck erzeugt, dass die Bewohner*innen für die Zunahme der Ladendiebstähle verantwortlich sind. Die Polizei hingegen bestätigt diesen Zusammenhang nicht (siehe Artikel: Ladendiebe in Soest immer dreister – „Es ist wirklich unglaublich, was hier los ist“).

Genauso wird insinuiert, dass die Zunahme tätlicher Übergriffe auf die Bewohner*innen der ZUE zurückzuführen ist. Liest man das Schreiben der CDU genau, bestätigen die Polizei und die Polizeistatistik auch hier nur, dass diese Taten zugenommen haben, bringen sie aber nicht in den Zusammenhang mit der ZUE. Und wie oben geschildert, hat der Soester Anzeiger trotz hochfrequenter Berichterstattung kaum schwerwiegende Straftaten von ZUE-Bewohner*innen zu berichten.

Das Schreiben der CDU legt zudem einen Schwerpunkt auf die Forderung nach schneller Rückführung. Dazu einmal ein paar Fakten: Ende 2022 befanden sich gut 3 Mio. Geflüchtete in Deutschland. Von den insgesamt 304.308 ausreisepflichtigen Ausländer*innen in Deutschland waren 248.145 geduldet. Maximal können also nur 56.000 Menschen abgeschoben werden, das sind weniger als 2 % der derzeit in Deutschland lebenden Geflüchteten. Hier wird ein Nebenthema populistisch aufgeblasen. Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass Abschiebungen nicht an der derzeitigen Regierung scheitern, sondern hauptsächlich an den Herkunftsländern. Und auch in der 16-jährigen Regierungszeit der CDU gelang es nicht, Rücknahmeabkommen mit diesen Ländern zu schließen.

Dass sich mehr Bürger*innen an die CDU wenden und sagen, dass sie sich nicht mehr sicher fühlen, das glaube ich. Die Frage ist aber, ob sie sich vor einer realen Gefahr fürchten, die von den Bewohner*innen der ZUE ausgeht oder ob die Angst mindestens zum Teil subjektiv ist – mindestens mitausgelöst durch die clickbait-getriebene Berichterstattung des Soester Anzeigers und die Stimmungsmache der Politik.

PS: Ich untersage dem Soester Anzeiger, diesen Post ganz oder auszugsweise, direkt oder indirekt zu zitieren oder in anderer Weise zum Gegenstand seiner Berichterstattung zu machen